

# FORSCHUNGEN ZUR BRANDENBURGISCHEN UND PREUSSISCHEN GESCHICHTE

NEUE FOLGE

Begründet von Johannes Kunisch,  
fortgeführt von Wolfgang Neugebauer

Beiheft 14

**Gesamtstaat und Provinz.  
Regionale Identitäten in einer  
„zusammengesetzten Monarchie“  
(17. bis 20. Jahrhundert)**



**Duncker & Humblot · Berlin**

Gesamtstaat und Provinz.  
Regionale Identitäten in einer  
„zusammengesetzten Monarchie“  
(17. bis 20. Jahrhundert)

FORSCHUNGEN ZUR BRANDENBURGISCHEN  
UND PREUSSISCHEN GESCHICHTE

NEUE FOLGE

Herausgegeben im Auftrag der  
Preußischen Historischen Kommission  
und des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz  
von Ulrike Höroldt, Hans-Christof Kraus  
und Frank-Lothar Kroll

Beiheft 14

Gesamtstaat und Provinz.  
Regionale Identitäten in einer  
„zusammengesetzten Monarchie“  
(17. bis 20. Jahrhundert)

Herausgegeben von

Gabriele Schneider und  
Thomas Simon



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten  
© 2019 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Fremddatenübernahme: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde  
Druck: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark  
Printed in Germany

ISSN 0940-1644  
ISBN 978-3-428-15834-8 (Print)  
ISBN 978-3-428-55834-6 (E-Book)  
ISBN 978-3-428-85834-7 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## Vorwort

Preußen wies unter den deutschen Territorien – neben Österreich – in besonders ausgeprägtem Maße die Merkmale eines „zusammengesetzten Staates“ auf. In keinem anderen Staat des deutschen Sprachraums waren so viele und so unterschiedliche Territorien zusammengeschlossen wie in der hohenzollernschen und der habsburgischen Länderverbindung. Abgesehen von Österreich war die Verfassungsgeschichte keines anderen deutschen Staates demgemäß auch so stark geprägt vom Spannungsverhältnis zwischen Einheitsstaatlichkeit und Partikularismus, wie diejenige Preußens. Weit stärker als in den meisten süd- und westdeutschen Territorien war der rote Faden der verfassungsgeschichtlichen Entwicklungslinie in den beiden Großstaaten des deutschen Sprachraums geprägt von der Auseinandersetzung zwischen ständischem Partikularismus und landesfürstlichem Zentralismus. Waren die „composite monarchies“ bis ins 18. Jahrhundert nicht viel mehr als rein „dynastische Agglomerate“ gewesen, die ihre Existenz „dem Zufall der dynastischen Erbfolge verdankten“, und deren „Überleben von kontingennten Faktoren wie dem Schicksal der jeweiligen Dynastie abhängig“ war (Asch<sup>1</sup>), so suchten die Monarchen im 18. Jahrhunderts einen zentralistischen Einheitsstaat zu verwirklichen. Die nur locker über die Person des Monarchen zusammengehaltenen Bestandteile des zusammengesetzten Staates sollten über ihre bloß dynastische Verbindung hinaus zu einem möglichst zentralistischen Einheitsstaat zusammengeschweißt werden, mit einheitlichem Recht für sämtliche Länder, mit einem einheitlichen Verwaltungsgerüst, das alle Länder umgreift und zugleich verklammert, und mit einer einheitlichen Justiz einschließlich einer für alle Länder gleichermaßen zuständigen Höchstinstanz, die die Einheit des Rechts in allen Teilen des zusammengesetzten Staates sicherstellt. So lässt sich in Preußen in ersten Anfängen beginnend mit dem Großen Kurfürsten das Bemühen des Monarchen erkennen, die Kohärenz der bis dahin lediglich dynastisch zusammengefügten Länder durch den Aufbau eines hierarchisch-zentralistischen Behördenapparates zu verstärken. Über den einzelnen Ländern entstanden auf diese Weise neue staatliche Strukturen, die die Teile der dynastischen Union nun auch institutionell miteinander verklammerten. Dadurch entstand ein spannungsreiches Nebeneinander von

---

<sup>1</sup> Die Verweise beziehen sich auf die jeweiligen Beiträge in diesem Band.

älteren ständisch-partikularen und jüngeren zentralistisch-gesamtstaatlichen Strukturen.

In den Beiträgen dieses Bandes werden erstere, die partikularen Strukturen des preußischen Staates, in den Blick genommen und zwar in erster Linie unter dem Aspekt regionaler und landsmannschaftlicher Identität. Spätestens seit dem Aufkommen der Debatte um den Absolutismusbegriff sind diese partikularen, regionalen und vielfach auf das engste mit dem Ständewesen verknüpften Bestandteile des modernen Staates in den Vordergrund gerückt. In jüngster Zeit hat sich das noch verstärkt im Kontext neuer „Narrative“, die einen Beitrag zur Implementierung der „Europäischen Idee“ leisten wollen und vielfach von einem gewissen – in der Regel allerdings nicht reflektierten – „Misstrauen gegenüber Nationalstaaten“ (Wienfort) getragen sind. Es war nun freilich gewiss nicht allein die unverkennbar steigende Popularität der Regionalgeschichte, sondern nicht zuletzt auch die Aussicht, den Entstehungsprozess des preußischen Gesamtstaates selbst und die Quellen seiner integrativen Kraft aus einer Perspektive „von unten“, aus der Perspektive der von diesem Vorgang erfassten älteren Territorien und Provinzen verfolgen zu können. Im Mittelpunkt steht dabei das Wechselverhältnis von preußischer Gesamtstaatsbildung und der Ausbildung regionaler und landsmannschaftlicher Identität in den Provinzen: In welchen Institutionen kann sich so etwas wie „regionale Identität“ ausdrücken und entfalten? Welcher Raum ist dem Landespartikularismus vom preußischen Staat gelassen? Wie haben „die in den Landschaften der Gesamtmonarchie entstandenen regionalen Identitäten“ (Göse) ihrerseits den Prozess der Gesamtstaatsbildung und der Integration der Teile in das Ganze beeinflusst? Inwieweit waren also gerade auch „die regionalen Kräfte ihrerseits Element und Träger der Integration“ (Göse)? Mit diesen Fragestellungen knüpft der vorliegende Band an den 1984 von Peter Baumgart in der Reihe der „Neue Forschungen zur brandenburg-preußischen Geschichte“ herausgegebenen Sammelband zur Integration neuer Territorien in den „zusammengesetzten“ preußischen Gesamtstaat an.<sup>2</sup>

Dass sich diese „regionalen Kräfte“ und die Herausbildung einer provinziellen Identität im frühneuzeitlichen Preußen vor 1800 ganz anders darstellen als im 19. Jahrhundert, liegt auf der Hand. Waren es vor 1800 in erster Linie die adeligen Stände, die als „eine der wichtigsten Trägergruppen des Integrationsprozesses“ (Göse) erschienen, so tritt im 19. Jahrhundert ein bürgerliches Publikum mit seinen spezifischen Aus-

---

<sup>2</sup> Peter Baumgart (Hrsg.), *Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat* (Neue Forschungen zur brandenburg-preußischen Geschichte, 5), Köln/Wien 1984.

drucksformen regionaler Identitätsbildung, nicht zuletzt in Gestalt der nunmehr überall entstehenden (Landes-)Geschichtsvereine, daneben; letzteres ein Gesichtspunkt, der vor allem von Ludwig Biewer anhand der 1824 begründeten „Gesellschaft für pommersche Alterthumskunde“ behandelt wird. Ein weiterer Unterschied ergibt sich aus dem Umstand, dass der preußische „Kompositstaat“ vor den großen territorialen Umwälzungen um 1800 aus Territorien und Ländern zusammengesetzt war, die bei ihrer Eingliederung selbst auf eine bis zu den mittelalterlichen Anfängen der Territorial- und Staatsbildung zurückreichende Tradition blicken konnten und dann in der Regel auch räumlich unverändert an den preußischen Gesamtstaat angeschlossen wurden. Die im Zuge der Verwaltungsreformen 1815 neugebildeten „Provinzen“, insbesondere im Westen, wurden hingegen weitgehend unabhängig von der älteren Territorialgliederung vor 1800 zugeschnitten: Sachsen, Westfalen und die Rheinprovinz waren bei ihrer Begründung vollkommen neue administrative Schöpfungen, die jeweils ein ganzes Sammelsurium unterschiedlicher, teils altpreußischer, teils erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts neu erworbener Territorien umschlossen. Eine gewisse Mittelstellung nahm hier Schlesien ein, weil es sich dabei nicht um ein einheitliches, geschlossenes Territorium handelte, sondern um einen aus einer Vielzahl von Einzelterritorien bestehenden Territorialverband, um „eine Art ‚Union von Ständestaaten‘ im Miniaturformat“ (Baumgart), die zudem nicht auf dem üblichen erbrechtlichen Weg, sondern durch pure militärische „Okkupation“ mit anschließender formalrechtlicher „Annexion“ (Baumgart) erworben wurde. Dass sich daraus unterschiedliche Formen regionaler Identitätsbildung wie auch unterschiedliche Mechanismen der Integration ergaben, liegt auf der Hand. Allerdings waren auch bei den westlichen Provinzen „die Integrationsprobleme, vor die Preußen sich gestellt sah, 1815 fundamental anders als 1866“ (Barmeyer). War es im Falle der Provinz Westfalen noch darum gegangen, die neue, aus so vielen disperaten Teilen zusammengesetzte staatliche Verwaltungseinheit „zu einer bewusst gelebten Einheit zusammenwachsen“ zu lassen, so „wurde mit Hannover ein Königreich mit einer Jahrhunderte langen Geschichte“ (Barmeyer) geschluckt, dessen Bürger sich längst vor der preußischen Annexion eine eigene Verfassung und ein eigenes Parlament erkämpft hatten. Dies hat die Integration Hannovers zu einer besonderen Herausforderung für den preußischen Staat gemacht, wobei er nach 1866 ohne Zweifel schon auf die „wachsende Nationalbewegung“ bauen konnte.

Sowohl bei der Frage der „regionalen Identitätsbildung“ als auch hinsichtlich der Integration neuer Territorien in den Gesamtstaat stellen die Landtage ein gewisses Kontinuum dar. Institutionell betrachtet handelt es sich zwar bei den Provinziallandtagen des 19. Jahrhunderts um Neu-

gründungen, so dass keine Kontinuität zwischen ihnen und den altständischen Landtagen der Vormoderne bestand, aber funktional betrachtet kam den Landtagen in beiden Fällen eine zentrale Bedeutung zu, da sie sowohl dem ständischen Regionalismus der Vormoderne als auch dem bürgerlichen Streben nach konstitutionell fundierter „provinzialer Selbstverwaltung“ im 19. Jahrhundert einen institutionellen Rahmen boten, in dem sich so etwas wie regionale Identitätsbildung entfalten konnte.

Der letzte Teil dieses Bandes ist dem Vergleich Preußens mit anderen „zusammengesetzten Staaten“ gewidmet, wobei eine Darstellung, nämlich diejenige von Ronald Asch über die „spanische Monarchie und die Stuart-Monarchie“, wiederum auf die frühe Neuzeit – in erster Linie auf das 17. Jahrhundert – bezogen ist, während der Aufsatz von Jes Fabricius Møller den dänischen „Konglomeratstaat“ im 19. Jahrhundert zum Gegenstand hat.

Die Beiträge des vorliegenden Bandes beruhen auf den Vorträgen, die im November 2017 bei der Tagung der Preußischen Historischen Kommission in Berlin-Dahlem gehalten wurden – wie üblich in den gastlichen Räumen des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz. Den Autoren sei an dieser Stelle für ihre Texte gedankt. Ein Dank geht auch an meine Mitherausgeberin, Frau Ass. Prof. Dr. Gabriele Schneider, die den vorliegenden Band im Wesentlichen allein redigiert und vorbereitet hat.

Wien, im Juni 2019

*Gabriele Schneider  
Thomas Simon*

## Inhaltsverzeichnis

### I. Übergeordnete Perspektiven

Preußen – (k)ein Thema für eine Landesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert	
Von <i>Monika Wienfort</i> , Berlin	13
Zwischen ständischem Regionalismus und Gesamtstaatsbewusstsein. Überlegungen zu den regionalen Identitäten bei adligen Amtsträgern und Offizieren im Alten Preußen	
Von <i>Frank Göse</i> , Potsdam	31

### II. Provinz und Gesamtstaat

Pommern in Brandenburg-Preußen	
Von <i>Ludwig Biewer</i> , Berlin	55
Schlesien als eigenständige Provinz nach der Eingliederung in den friderizianischen Gesamtstaat	
Von <i>Peter Baumgart</i> , München	75
Wie preußisch wurde Ostfriesland unter Friedrich dem Großen?	
Von <i>Enno Eimers</i> , Leer	93
Eroberung und Integration – Methoden preußischer Politik im Umgang mit neu gewonnenen Gebieten: Die Beispiele Westfalen nach 1815 und Hannover nach 1866	
Von <i>Heide Barmeyer</i> , Hannover	101
Zum Verhältnis der Provinziallandtage zum Vereinigten Landtag bzw. zum Preußischen Landtag (1823–1875)	
Von <i>Wolf Nitschke</i> , Winsen an der Aller	127

**III. Rheinische Perspektiven**

Wechselbeziehung zwischen Provinz und Zentrale. Wasserrecht und Wasserwirtschaft in der Rheinprovinz – Friedrich von Sybel und die Entstehung des Preußischen Wassergesetzes

Von *Ingeborg Schnelling-Reinicke*, Berlin ..... 213

„... daß die Vereinigung der Rheinlande mit der preußischen Monarchie eine wahrhaft providentielle gewesen ...“. Gesamtstaat und Rheinprovinz bei Peter Reichensperger

Von *Erik Lommatzsch*, Leipzig ..... 231

**IV. Europäische Vergleichsperspektiven**

Dynastische Großreiche zwischen Konsolidierung und Krise: Die spanische Monarchie und die Stuart-Monarchie zu Beginn des 17. Jahrhunderts im Vergleich

Von *Ronald G. Asch*, Freiburg ..... 247

Konglomeratstaat, Personalunion, Nationalstaat. Zentrum und Peripherie in Dänemark im langen 19. Jahrhundert

Von *Jes Fabricius Møller*, Kopenhagen ..... 269

Die Autoren und Herausgeber des Bandes ..... 283

## **I. Übergeordnete Perspektiven**



# Preußen – (k)ein Thema für eine Landesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert

Von *Monika Wienfort*, Berlin

Zumindest gelegentlich wird in Feuilletons oder populärwissenschaftlichen Werken noch die Frage gestellt: „Was war Preußen?“ Die Formulierung klingt auf merkwürdige Weise essentialistisch und verweist angesichts des Fehlens von Fragen wie „Was war Württemberg?“ oder „Was war Sachsen?“ auf eine im Vergleich immer noch besondere geschichts-politische Aufladung der Geschichte eines Staates, der nicht mehr existiert. Anstatt um konkrete historische Erklärungsprobleme geht es oft um die Suche nach Formen der „Wesenheit“, nach „Tugenden“ und irgendeiner Form von Besonderheit. Das als Staat untergegangene „Preußen“ ruft dabei immer noch Leidenschaft hervor, entweder der Abneigung (als Ort eines „preußischen Militarismus“, als „Hort der Reaktion“ usw.) oder als eine zustimmende Assoziation in der Form eines bewundernd-nostalgischen Konservatismus. Schnell wird preußische Geschichte dann zum Hass- oder Verehrungsobjekt, je nachdem, und die wissenschaftliche Analyse kommt regelmäßig zu kurz. In der historischen Forschung grenzt man sich heute von beiden Perspektiven deutlich ab. Preußen wird als Gegenstand der aktuellen Geschichtswissenschaft konzipiert und mit denjenigen Fragstellungen konfrontiert, die das Fach generell bestimmen. Diese Voraussetzungen gelten auch für das 19. und 20. Jahrhundert und es bleibt die Aufgabe bestehen, die Preußenforschung für diesen Zeitraum vor allem unter Berücksichtigung der archivalischen Quellen im Mainstream der Geschichtswissenschaft zu verorten. Preußenforschung ist dann kein Sektenthema und kann weder von gesellschaftskritischen Eiferern noch von antiquarisch-anekdotisch interessierten Nostalgikern vereinnahmt werden<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Vgl. „Wo ist Preußens Geist heute (vor allem mit der Betonung von Bildung)“, in: Cicero, Magazin für politische Kultur, <https://www.cicero.de/innenpolitik/wo-ist-preu%C3%9Fens-geist-heute/37858> (abgerufen am 18.11.2018), *Julius H. Schoeps*, Die unbewußte Leitkultur: Preußen, in: Cicero. Magazin für politische Kultur, Januar 2005, 72–75 und die kritische Thematisierung der „preußischen Tugenden“ durch die Landeszentrale für politische Bildung in Potsdam 2014, in <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/node/8332> (abgerufen am 18.11.2018). Als zuverlässiger Überblick vgl. *Otto Büschen* (Hrsg.), Das 19. Jahrhundert

Im 19. Jahrhundert, bis 1871 jedenfalls, galt auf zeitgenössisch selbstverständliche Art und Weise: Preußen war ein europäischer Staat, klassifiziert als die kleinste europäische Großmacht in einer „Pentarchie“ mit Großbritannien, Russland, dem Habsburgerreich und Frankreich. „Deutschland“ erschien vornehmlich als ein geographischer Begriff, und dazu gehörte „deutsch“ als ein Adjektiv, das eine Sprache und Kultur beschrieb, die in Preußen existierte, aber auch in anderen deutschen Staaten. Der Deutsche Bund bot bis in die 1850er Jahre eine staatenbündische Rahmung für die beiden Großmächte Preußen und Österreich, die Mittelstaaten wie Bayern, Sachsen und Württemberg und die vor allem in Thüringen gelegenen Kleinstaaten. Preußen wiederum präsentierte sich keineswegs als ausschließlich deutsch, es besaß vor allem eine große polnischsprachige, zunehmend auch einen polnischen Staatfordernde Minderheit. In der Frühen Neuzeit wurde Preußen wie andere Staaten als nicht-nationaler Staat begriffen, und es ordnete sich einer höheren Einheit ein: dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation. Von 1806 bis 1871, so lässt sich ergänzen, wandelte sich die traditionelle „zusammengesetzte Monarchie“ der preußischen Staaten zu einem integrierten Gesamtstaat Preußen. Mit der Gründung des Kaiserreichs als neuem „Überbau“ stellte sich Zeitgenossen wie späteren Historikern die Frage, was anschließend aus der Staatlichkeit Preußens wurde. Eine der möglichen Antworten lautete: die Hegemonialmacht im Deutschen Kaiserreich. Preußen stand in der Geschichtsschreibung einmal mehr für das Kaiserreich insgesamt. Eine alternative Antwort bestand in der Ansicht, mit der Reichsgründung sei Preußen zu einem deutschen Land und preußische Geschichte letztlich zu einem Bereich der Landesgeschichte geworden<sup>2</sup>.

---

und große Themen der Geschichte Preußens (Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. II), Berlin/New York 1992.

<sup>2</sup> Zur Debatte um das Verhältnis zwischen Reichsgeschichte und preußischer Geschichte als historiographische Debatte in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre vgl. *Manfred Rauh*, Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich, Düsseldorf 1973; *ders.*, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977; *Dieter Langewiesche*, Das Deutsche Kaiserreich – Bemerkungen zur Diskussion über Parlamentarisierung und Demokratisierung Deutschlands, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 19, 1979, 628–642. Zur Problematik „Preußen und das Reich“ hrsg. v. *Oswald Hauser*, Köln 1984; Preußen, Europa und das Reich, hrsg. v. *Oswald Hauser*, Köln 1987; *Karl E. Born*, Preußen im deutschen Kaiserreich 1871–1918. Führungsmacht des Reiches und Aufgehen im Reich, in: Handbuch der preußischen Geschichte. Band III: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preußens, hrsg. v. *Wolfgang Neugebauer*, Berlin 2001, 15–148; *Thomas Kühne*, Demokratisierung und Parlamentarisierung. Neue Forschungen zur politischen Entwicklungsfähigkeit Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 31, 2005, H. 2, 293–316. Neue Geschichte Preußens mit weitreichender Rezeption in

Für die deutschen Staaten wie Baden, Württemberg und Bayern scheint das landesgeschichtliche Paradigma heute dabei grundsätzlich akzeptiert: An einem Lehrstuhl für Bayerische Landesgeschichte kann über das kurfürstliche Bayern des 18. Jahrhunderts, über das Königreich im 19. Jahrhundert oder das moderne Industrieland nach 1945 gearbeitet werden. Es kommt vor allem auf die Kontinuität dieser Staatlichkeit, im Fall Baden-Württembergs als eine aus zwei Staatlichkeiten zusammengesetzte Tradition, bis in die Gegenwart an, auch wenn sich das Territorium sehr verändert hat. Landesgeschichte erscheint dann vor allem als die Geschichte von historischen Landschaften, eine Voraussetzung, die für die auffällige Heterogenität Gesamt-Preußens im 19. Jahrhundert eher unpassend erscheint<sup>3</sup>.

Preußen besitzt keine Kontinuität bis in die Gegenwart, jedenfalls keine staatlich-politische, höchstens eine kulturelle, vor allem in Gestalt einer Architektur und einer materiellen Kultur, für die die „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ steht. Und obwohl sich die Mehrzahl der immobilen Besitztümer der Preußen-Stiftung in Berlin und Brandenburg befindet, kann man bezweifeln, dass sie primär Objekte einer Landesgeschichte sind. Das kann man im Übrigen auch an der Mehrebenen-Konstruktion des Berliner Humboldt-Forums erkennen, das die Metropole Berlin, die Humboldt-Universität und die Stiftung Preußischer Kulturbesitz verbindet und diese Mehrstufigkeit auch in einer außereuropäischen Dimension weiterverfolgen wird<sup>4</sup>.

Obwohl es keine gegenwärtige Staatlichkeit mehr besitzt, gibt es gute Gründe, sich mit der Staatlichkeit Preußens im 19. und 20. Jahrhundert auseinanderzusetzen. Dabei stößt man aber auf Schwierigkeiten: In der „deutschen Gesellschaftsgeschichte“ von Hans-Ulrich Wehler spielt Preußen, außer im Fall der preußischen Reformen, nur eine Nebenrolle. Vor allem in der angelsächsischen Forschung ist für das 19. Jahrhundert meistens von „Germany“ oder für das späte 19. Jahrhundert von „Impe-

---

der deutschen Öffentlichkeit: *Christopher Clark*, Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947. München 2007. Zur aktuellen Diskussion zu Themen der preußischen Geschichte vgl. Literatur in Preußen – preußische Literatur?, hrsg. v. Hans-Christoph Kraus/Frank-Lothar Kroll, Berlin 2016; *Hedwig Richter*, Moderne Wahlen. Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert, Hamburg 2017.

<sup>3</sup> Vgl. z.B. das Historische Lexikon Bayerns als aktuelles und digitales Medium, in dem das Konzept einer modernen bayerischen Landesgeschichte umgesetzt wird, in: <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Hauptseite> (abgerufen am 18.11.2018).

<sup>4</sup> Was ist das Humboldt-Forum, in: <https://www.humboldtforum.com/de/inhalte/humboldt-forum> (abgerufen am 18.11.2018).